

Skript für 13. Mai 2022 in Erlangen

Connection e.V. und mich vorstellen

In der Türkei hatten Anfang der 1990er Jahre die ersten öffentlich ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt und sind gegen Krieg, Militär und Zwangsdienst aufgestanden. Zuerst waren es nur wenige, die sich dazu entschlossen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Inzwischen gibt es weit mehr als 1.000. Darüber hinaus haben sich Hunderttausende auf andere Art und Weise der Wehrpflicht entzogen oder sind untergetaucht. Einige Hundert haben aufgrund der drohenden Verfolgung im Ausland Asyl gesucht.

Ich will heute insbesondere auf zwei Dinge eingehen. Ein Thema ist die Frage, wie es die Türkei mit dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung hält. Die zweite Frage ist, inwieweit Menschen wie Onur hier in Deutschland die Chance haben, einen Flüchtlingsstatus zu erhalten. Falls gewünscht, kann ich als dritten Punkt auch noch ein paar Informationen ergänzen, die für in Deutschland lebende türkische Staatsbürger wichtig sind.

### **Militär und Wehrpflicht**

Die Türkei führt verschiedene Kriege, sowohl im Südosten des Landes wie auch im Nordirak und Nordsyrien. Sie hat Nordzypern besetzt. Sie ist Mitglied der NATO und hat eine Armee von 350.000 Soldaten, die zweitgrößte Armee der NATO. Für die Ukraine liefert die Türkei Kampfdrohnen Bayraktar.

2009 wurde der Militärdienst für Wehrpflichtige auf 6 Monate reduziert.

Es gibt eine Besonderheit in der Türkei: Die Ersatzzahlung zur Verkürzung des Militärdienstes für Wehrpflichtige. Nach Artikel 9 des Rekrutierungsgesetzes ist es durch Zahlung eines Betrages von umgerechnet etwa 5.000 € möglich, den Militärdienst auf einen Monat zu reduzieren. Da dies aber weiterhin eine militärische Ausbildung einschließt, stellt die Ersatzzahlung keine Möglichkeit für Kriegsdienstverweigerer dar.

### **Strafverfolgung und Ziviler Tod**

Inzwischen ist die Türkei das einzige Mitgliedsland des Europarates, das das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht anerkennt. Der vor einigen Jahren von der HDP (Demokratische Partei der Völker) vorgelegte Gesetzentwurf zur Kriegsdienstverweigerung war hingegen mit den Stimmen der Regierungspartei sowie anderer Parteien abgelehnt worden.

Wie sieht es nun für Kriegsdienstverweigerer aus? Sie werden Militärdienstentzieher kriminalisiert. Es wird ein dauerhaft gültiger Haftbefehl ausgestellt. Dadurch können sie bei jeder Ausweiskontrolle durch Polizei oder Gendarmerie festgenommen werden. Nach der ersten Festnahme wird eine Geldstrafe verhängt. Sie erhalten zugleich eine neue Einberufung und sind damit weiter wehrpflichtig. Wenn die Verfügung über die Geldstrafe in Kraft getreten ist, hat jede weitere Festnahme ein neues Verfahren nach Artikel 63 des Militärstrafgesetzbuches zur Folge. Der Kriegsdienstverweigerer kann dann mit zwei Monaten bis zu drei Jahren Haft oder zu einer Geldstrafe verurteilt werden, was derzeit die Regel ist.

**Ich will hier einen kurzen Film zeigen. Kamil Murat Demir ist Journalist und reist deshalb viel in der Türkei zu seinen Arbeitseinsätzen.**

Durch einen Teufelskreis aus Verhaftung, Strafverfahren und erneuter Rekrutierung im Verbund mit einer lebenslang gültigen Wehrpflicht sind sie einem „Zivilen Tod“ ausgesetzt, ein Begriff, den der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Urteil Ülke gegen Türkei (Ülke v. Turkey, application no. 39437/98) prägte.

Kriegsdienstverweigerer können weder im öffentlichen noch im privaten Sektor arbeiten, da es als Straftat angesehen wird, Militärdienstentzieher zu beschäftigen. Verweigerer sind so dazu gezwungen, arbeitslos zu bleiben oder illegal in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen zu arbeiten. Kriegsdienstverweigerer haben auch kein Recht an einer Wahl teilzunehmen oder für eine Wahl zu kandidieren. Weil jede Verhaftung eine weitere Strafverfolgung nach sich zieht, müssen Kriegsdienstverweigerer Aktivitäten im sozialen, wirtschaftlichen, juristischen und kulturellen Bereich vermeiden: Sie können keine Reisepässe oder Führerscheine beantragen. Jeder Aufenthalt in Hotels, Reisen, Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs, Besuchen von Behörden und vieles mehr kann zur Verhaftung führen. Sie sind so dazu gezwungen, ein Leben im Untergrund zu führen.

**Hier ein weiteres Beispiel. Osman Murat Ülke, der bereits 1996 seine Verweigerung erklärt hatte und sicher einigen hier bekannt ist, beschreibt darin seine Situation.**

Diese Situation trifft übrigens auch auf die Wehrpflichtigen zu, die sich geweigert haben, zur Armee zu gehen, aber bislang ihre Kriegsdienstverweigerung nicht öffentlich erklärt haben.

Hinzu kommt, dass ihre öffentlichen Äußerungen, z.B. auf Pressekonferenzen, Aktionen oder auch in den Sozialen Medien strafrechtlich verfolgt werden können. Nach Artikel 318 des Türkischen Strafgesetzbuches ist die „Distanzierung des Volkes vom Militär“ unter Strafe gestellt. Auch eine Strafverfolgung wegen „Propaganda für eine terroristische Organisation“ auf Grundlage von Artikel 7/2 des Anti-Terror-Gesetzes ist möglich. Beide Strafandrohungen wurden in den vergangenen Jahren gegen Kriegsdienstverweigerer und Aktive für Frieden und Menschenrechte angewandt.

### **Ministerkomitee des Europarates**

Da es trotz der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte keine Änderungen gibt, hat zuletzt im Juni 2020 das Ministerkomitee des Europarates, das über die Umsetzung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes wacht, Stellung bezogen.

*erforderlichen Schritte umzusetzen, um sicherzustellen, dass allen aus den Verletzungen gegen die neun Antragsteller folgenden Konsequenzen abgeholfen wird, nämlich die Erstattung der Geldstrafen, Aufhebung der Haftbefehle für frühere Strafen, Löschung des Strafregisters und schließlich, dass keiner der Antragsteller weiter dem Risiko einer Strafverfolgung und Inhaftierung ausgesetzt ist, weil er sich weigert, im Zusammenhang mit seiner Kriegsdienstverweigerung erhobene Geldbußen zu zahlen*

### **Der Weg ins Exil**

Die Situation in der Türkei führt dazu, dass immer wieder Kriegsdienstverweigerer im europäischen Ausland Schutz und Asyl suchen. Hier müssen sie allerdings erleben, dass die Verfolgung wegen Kriegsdienstverweigerung in der Regel nicht als Asylgrund gilt. Üblicherweise wird die Verfolgung als legitime Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Wehrpflicht gewertet. Dann droht ihnen die Abschiebung an die Kriegsherren in der Türkei. Das ist ein unerträglicher Zustand.

Nun hat sich seit 2007 die obergerichtliche Rechtsprechung durch Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und des Europäischen Gerichtshofes bezüglich der Kriegsdienstverweigerung und bezüglich der Asylgewährung bei Kriegsdienstverweigerung gewandelt. So gab es unter anderem folgende wegweisende Entscheidungen und Richtlinien:

2006 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Ülke gegen Türkei, dass eine Verletzung des Artikels 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention vorliege, da insbesondere die wiederholte Bestrafung eines Kriegsdienstverweigerers, „die sich daraus ergebenden summierenden Effekte der Verurteilungen (...) in Verbindung mit der Möglichkeit, dass er einer lebenslangen Strafverfolgung unterliegen könnte, im Missverhältnis zu dem Ziel stehen, die Ableistung seines Militärdienstes sicherzustellen.“ Der Gerichtshof bezeichnete das sich aus dieser Situation für den Antragsteller zwangsweise ergebende Leben im Geheimen als „zivilen Tod“.4

2011 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Bayatyan gegen Armenien, dass die Verurteilung eines Kriegsdienstverweigerers Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), also das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit verletzt. Es erkannte damit zugleich das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung an.5 Ähnliche Urteile gab es auch bezüglich von Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei.6

Weil die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerung nicht als Verfolgung im Sinne der Genfer Konvention angesehen wird, gibt es einen flüchtlingsrechtlichen Schutz für Verweigerer jedoch eigentlich nur dann, wenn eine zusätzliche Verfolgung aufgezeigt werden kann, wenn die Strafverfolgung unverhältnismäßig hoch ist oder wenn eine zielgerichtete Verfolgung aus politischen Gründen dargelegt werden kann.

So gab es in den letzten Jahren einige Fälle von Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei, die aufgrund ihrer politischen Arbeit in der Türkei zusätzlicher Strafverfolgung ausgesetzt waren und dies auch belegen konnten.

Interessant ist jedoch das Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die Kriegsdienstverweigerung als Ausfluss der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit definiert hat. Das spiegelt sich jedoch kaum im Flüchtlingsrecht wider.

Hier konnten wir insofern einen Erfolg erzielen, da in einem ähnlichen Fall wie bei Onur eine Flüchtlingsanerkennung erreicht werden konnte.

Im September 2021 entschied das Augsburger Verwaltungsgericht zugunsten eines Kriegsdienstverweigerers aus der Türkei. Beran Mehmet İşçi war und ist bei Connection e.V. aktiv, was mit in die Urteilsbegründung einfluss.

*Eine Verletzung von Art. 9 EMRK setzt voraus, dass der Betroffene glaubhaft machen kann, dass er den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigert. Eine solche Gewissensentscheidung ist eine sittliche Entscheidung, die der Kriegsdienstverweigerer innerlich als für sich bindend erfährt und gegen die er nicht handeln kann, ohne in schwere Gewissensnot zu geraten. Erforderlich ist eine Gewissensentscheidung gegen das Töten von Menschen im Krieg und damit die eigene Beteiligung an jeder Waffenanwendung. Sie muss absolut sein und darf nicht situationsbezogen ausfallen. Für eine verbindliche und unbedingte*

*Gewissensentscheidung des Betroffenen müssen konkrete Anhaltspunkte anhand seiner persönlichen Entwicklung, seiner Lebensführung, seines bisherigen Verhaltens und der Einflüsse, denen er ausgesetzt war und ist, sowie der Motivation seiner Entscheidung festgestellt werden. Gemessen an diesen Vorgaben droht dem Kläger bei einer Rückkehr in sein Heimatland mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Verfolgung.*

Das zeigt ein weiteres Problem auf: Behörden und Gerichte gehen bei einer Kriegsdienstverweigerung von sehr hohen Maßstäben aus. In Deutschland beispielsweise orientieren sich die Gerichte an der Rechtsprechung, die sich über die letzten Jahrzehnte zu den Verfahren zu deutschen Kriegsdienstverweigerern entwickelt hat.

Es ist daher unbedingt notwendig, Beratung und Begleitung anzubieten.